

Der Schock hatte keine heilsame Wirkung. Die Aufklärung der NSU-Verbrechen gestaltete sich zäh, ein echter Umbau der Behörden wurde versäumt, und spätestens in der aufgeheizten Atmosphäre der Jahre 2015/16, in denen in Deutschland erbittert über die Aufnahme geflüchteter Menschen gestritten wurde, witterten Rechtsextremisten Morgenluft. Zeitweise verging kein Tag, an dem nicht irgendwo Asylbewerber attackiert wurden. Es bildeten sich neue gefährliche Gruppierungen, wie die Szene der »Reichsbürger« oder die militante »Gruppe Freital« – sowie, überwölbend, eine digitale Gemeinschaft des Hasses, die Attentäter wie in Halle oder Hanau zu öffentlichen Inszenierungen ihrer Anschläge inspiriert.

Mittlerweile wirken viele Ermittler auf glaubwürdige Weise alarmiert und die Politik hat ihre Anstrengungen im Kampf gegen den Rechtsextremismus verstärkt. Die Bundesregierung entschied im März 2020, einen Kabinettsausschuss »zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus« einzusetzen. Er sollte konkrete Maßnahmen vorbereiten. Die Sicherheitsbehörden waren zuletzt erkennbar bemüht, gewaltbereite Gruppen rechtzeitig aufzuspüren und zu zerschlagen.

Allerdings ist diese neue Scharfsichtigkeit getrübt, weil zugleich immer mehr problematische Vorfälle innerhalb der Behörden entdeckt werden. Die Meldungen über Chatgruppen, in denen sich Polizisten NS-Symbole oder zynische Witze über Asylbewerber zuschickten, rissen in den vergangenen Monaten gar nicht ab. Dazu kamen jahrelang erfolglose Ermittlungen der hessischen Polizei, die in den eigenen Reihen nach den Urhebern von Todesdrohungen gegen Personen des öffentlichen Lebens suchte. Unter dem Kürzel »NSU 2.0« hatten unter anderem die Frankfurter Rechtsanwältin Seda Başay-Yıldız und die Kabarettistin Idil Baydar furchtbare Nachrichten erhalten, die auch vertrauliche Informationen enthielten, welche aus Polizeidateien stammen könnten. Nachweislich hatten Personen – mutmaßlich Beamte – in Dienststellen der Polizei irreguläre Abfragen zu den bedrohten Personen vorgenommen. Der Fall weitete sich aus und war bis zum Druck dieses Buches noch immer nicht aufgeklärt.

Auf dem rechten Auge blind? Für die Betroffenen der Drohungen ist es alles andere als beruhigend, wenn sie den Eindruck gewinnen, dass die Behörden und ihre Beamten die rechtsextreme Szene nicht bloß unterschätzen – sondern womöglich mit ihr verbunden sind. Verfestigt sich dieser Eindruck und zieht er Kreise, untergräbt das die Fundamente der Demokratie und des Rechtsstaats. Und genau das ist es ja, was Neonazis und rechte Terroristen wollen.

Vor diesem Hintergrund will dieses Buch in kompakter Form auf das Problem aufmerksam machen und die Geschichte und Gegenwart des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik in den Blick nehmen. Die Autorinnen und Autoren kommen aus unterschiedlichen Disziplinen. Ihre Beiträge stehen für sich selbst, können also auch einzeln und in veränderter Reihenfolge gelesen werden. Zusammen ergeben sie ein scharfes Bild von der Lage. Die Historikerin Franka Maubach zeigt, wie sich Rassismus und Rechtsextremismus in den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg wieder verbreiteten oder verfestigten. Paul Middelhoff erklärt, was unter der *Neuen Rechten* zu verstehen ist, die sich in der Gegenwart verstärkt in den öffentlichen Diskurs einschaltet. In diesem Zusammenhang steht auch der Erfolg der »Alternative für Deutschland« (AfD). Ihr Höhenflug als Partei war im Corona-Jahr 2020 zunächst beendet, nicht zuletzt aufgrund innerer Streitigkeiten. Wie sich die AfD langfristig entwickelt, lässt sich derzeit aber kaum prognostizieren.

Matthias Quent liefert in einem weiteren Abschnitt des Buches eine soziologische Analyse, mit der er die Dimensionen des Problems ordnet und dabei unter anderem näher auf die Bedeutung des Antisemitismus und die Merkmale des Rechtsterrorismus eingeht. Dass Gewalt und Terror gesellschaftlich eingebettet sind und deshalb, jenseits einer engen juristischen Betrachtung, die Rede von »Einzeltätern« in die Irre führt, zeigt auch der Beitrag von Wilhelm Heitmeyer, Manuela Freiheit und Peter Sitzer. Sie sprechen von einem »Eskalationskontinuum« und illustrieren anhand eines Zwiebelmodells, wie sich im Rechtsextremismus verschiede-

ne Schichten von Akteuren und Milieus auseinanderblättern lassen. Heitmeyers langjährige Forschung zum Thema in seiner Langzeitstudie »Deutsche Zustände« hätte die Gesellschaft längst für die Bedrohungen von rechts sensibilisieren müssen.

Warum sich auch die Sicherheitsbehörden in der Vergangenheit so schwer damit taten, analysiere ich als Herausgeber in einem Abschnitt zur Polizei und den Geheimdiensten. Der Zwischenruf des Bundespolizisten Andreas Roßkopf, der beteuert, der Großteil seiner Kolleginnen und Kollegen habe mit Extremismus nichts am Hut und versehe den Dienst zuverlässig und einwandfrei, kontrastiert mit dem Urteil des Herausgebers, es gebe sehr wohl ein tiefsitzendes Problem in den Dienststellen. Wer dieses Problem lösen will, muss unbedingt die rechtsstaatlich integren Beamten für entsprechende Reformen und eine Neuausrichtung der Behörden gewinnen. Auch viele Polizisten sind entsetzt und frustriert darüber, wie viele rechtsextreme Vorfälle in den eigenen Reihen zuletzt ans Licht kamen. Es werde im Dienst auch zu wenig auf schwierige Situationen des Berufsalltags eingegangen, schreibt Andreas Roßkopf. Die Aus- und Fortbildung müssten noch besser werden.

Umso mehr ist zu hoffen, dass nun in Politik und Gesellschaft und speziell in den Sicherheitsbehörden die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus endlich die nachhaltige Dringlichkeit bekommt, die dem Problem angemessen ist. Dabei sollte auch den Betroffenen rechter Hetze und Gewalt gut zugehört werden, wie es in diesem Band Aiman Mazyek als Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland anmahnt. Auch er wird persönlich bedroht, will sich aber weder einschüchtern noch den Mund verbieten lassen.

Betroffen von Drohungen, Diskriminierung und Gewalt sind außer Muslimen viele Gruppen und Menschen in Deutschland: (säkulare) Türken und Araber, Juden, Geflüchtete, Sinti und Roma, Homosexuelle, Wohnungslose und andere. Doch letztlich richtet sich der Rechtsextremismus gegen alle Bürgerinnen und Bürger in der Demokratie – gegen das »System« und die Freiheit.

Wer militanten Rassisten und Neonazis im Weg steht, muss um das eigene Leben fürchten. Auch dann, wenn er oder sie nicht unmittelbar ins Feindbild der Täter passt. Das Oktoberfest-Attentat traf wahllos die Besucher des Volksfests. Die NSU-Terroristen ermordeten auch eine deutsche Polizistin. Und sie schlugen auf Sparkassen-Kunden ein, die sich zufällig in der Filiale aufhielten. Der Attentäter von Halle scheiterte an der Tür einer Synagoge und erschoss daraufhin eine Passantin, die gerade vorbeikam. Anschließend ermordete er einen Mann in einem Döner-Imbiss.

Nach dem Anschlag von Hanau, bei dem der rassistische Täter am 19. Februar 2020 neun Menschen in einem Ausgehviertel ermordete, sagte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble: »Betroffenheit reicht längst nicht mehr. Hanau fordert vor allem: Aufrichtigkeit. Aufrichtigkeit vom Staat – der sich eingestehen muss, die rechtsextremistische Gefahr zu lange unterschätzt zu haben.«

Schäuble nannte die Opfer des Anschlags beim Namen. Er sagte: »Wir trauern um Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kenan Kurtovic, Vili-Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar, Kaloyan Velkov. Wir gedenken der Mutter des Attentäters, getötet vom eigenen Sohn.«

Zur Fußballweltmeisterschaft 2006 hatte Schäuble die Bundesrepublik noch dafür gepriesen, ein so schönes, weltoffenes Land zu sein – ein Land, in dem Neonazis keine Chance hätten, dieses Bild zu trüben. Nun, im Jahr 2020, mahnt er, denen zuzuhören, die unbequeme Fragen stellen. Schäuble zitiert den in Berlin lebenden Schriftsteller Deniz Utlu. Nach dem Anschlag von Hanau hat Deniz Utlu geschrieben:

»Was geschah im Herzen, als die Nachricht aus Hanau kam? Gar nichts? Etwas? Was genau? Gleichgültigkeit? Angst? Angst wovor? Wut? Wut worauf? ... Hat man im Büro darüber gesprochen, oder war es ein Arbeitstag wie jeder andere auch? ... Jeder kann sich befragen, was die Ermordung dieser Menschen mit ihm oder ihr gemacht hat. Und wenn es nichts macht, wenn diese Gesellschaft zu keiner ehrlichen Trauer fähig ist, dann können wir fragen, weshalb das so ist und nach unserer Menschlichkeit suchen.«

